

# AUFBAU UND ORGANISATION

Wahlen und politische Entwicklung  
Präsidenten und Direktoren  
Legitimation und Mitgliedervertrauen  
Bauliche Entwicklung der AK  
Öffentlichkeitsarbeit und Medien

# WAHLEN UND POLITISCHE ENTWICKLUNG

Die Wahlergebnisse führten außer im Jahr 2004 zu einer ständigen absoluten Mehrheit von ÖAAB/FCG. Aus den Reihen der ÖVP stellten sich seit 1987 nur zwei Kandidaten, Josef Fink und Hubert Hämmerle, die wiederholt zu Präsidenten gewählt wurden. Ihre Siege verdankten sie den Schichten der Angestellten und nicht wie noch nach 1945 der Arbeiterschaft – eine Folge des sozialen Wandels. Dieser ging auf Kosten der FSG (SPÖ). Sie sank 1999 mit 16,11 % auf einen Tiefpunkt. Neue Gruppierungen machten traditionellen Parteien bzw. Fraktionen Konkurrenz und nahmen ihnen Stimmen ab: 1994 stellten sich erstmals in Österreich die Grünalternativen (Gemeinsam) und 1999 die Neue Bewegung für die Zukunft einer Wahl. Diese beiden Fraktionen stützten sich auf das Potenzial ausländischer, vor allem türkischer und exjugoslawischer Arbeitnehmer mit bis 2009 nur aktivem Wahlrecht. Sie waren ein Beweis für deren gelingende Integration. Offensichtlich beeinflusste die Bundespolitik wiederholt die Wahlergebnisse.

Seit der Präsidentschaft von Josef Fink im Jahr 1987 hatten bis 2014 sechs AK-Wahlen stattgefunden, alle fünf Jahre. Die Wahl des Jahres 1984, die noch von Bertram Jäger bestritten wurde, endete mit 40 von 70 Mandaten zwar mit einem Sieg von ÖAAB/FCG, somit der ÖVP, aber gegen ihn hatte vonseiten der sozialistischen Gewerkschafter eine „beispiellose“ Kampagne stattgefunden: Jäger wurde als „*Unternehmerknecht*“ bezeichnet, der die Sozialpartnerschaft infrage stelle. Die Fronten hatten sich verhärtet, und das Klima in der AK war noch nie so schlecht. Jäger nach dem Wahlausgang: „*Man kann nicht jemand sechs Monate lang zum größten Gauner der Republik und zum schlimmsten Schädling der Arbeitnehmerschaft stempeln und ihm dann am Wahlabend wieder die Zusammenarbeit anbieten, als ob nichts gewesen wäre.*“<sup>1</sup>

Man durfte somit gespannt sein, wie die Wahl des Jahres 1989 ausgehen würde – Josef Fink, ebenfalls aus den Reihen der ÖVP, war bereits zwei Jahre im Amt. Der ÖAAB erlangte mit 53,05 % der abgegebenen Stimmen zwar immer noch ein gutes Wahlergebnis und die absolute Mehrheit, verlor jedoch zwei Mandate. Gewinner war die FPÖ, welche zu den bisherigen zwei Mandaten drei weitere dazugewann. Sie verdankte diesen Erfolg ohne Zweifel dem Kärntner Jörg Haider, der im September 1986 auf dem Parteitag in Innsbruck zum neuen Vorsitzenden der FPÖ gewählt worden war und damit der Partei das Ende des liberalen Kurses brachte. Auf diesen Führungswechsel hin kündigte SPÖ-Kanzler Franz Vranitzky im Jahr 1987 die Koalition mit den Freiheitlichen – in den vorangegangenen Nationalratswahlen hatte die FPÖ ihren Stimmenanteil um das Doppelte auf 10 % erhöht! Überraschend erhielt bei der AK-Wahl der Gewerkschaftliche Linksblock (Kommunisten) im Wahlkörper Verkehr 5,15 % der Stimmen, dennoch erreichte er kein Mandat. Erstmals zog mit Josefina Winkler eine Frau ins AK-Präsidium ein.<sup>2</sup>

Mitarbeiter der AK Vorarlberg bei der Stimmenaushändigung in der Wahlzentrale in Feldkirch



Wahlergebnis 1989	Mandate	Stimmen	Prozent
ÖAAB/FCG (ÖVP) Österreichischer Arbeiter- und Angestelltenbund/ Fraktion Christlicher Gewerkschafter	38	24 689	53,05 %
FSG (SPÖ) Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter	27	17 658	37,94 %
FA (FPÖ) Freiheitliche und parteilose Arbeitnehmer	5	3 533	7,59 %
GLB (KPÖ) Gewerkschaftlicher Linksbund	0	656	1,41 %
<b>Wahlbeteiligung</b>			<b>49,14 %</b>

Das Ergebnis von 53,05 % für ÖAAB/FCG war ein Beweis dafür, dass Fink mit seiner aktiven und kritischen Arbeitnehmerinteressenpolitik Anerkennung fand. Er hatte sich für eine Bildungsoffensive stark gemacht, forderte verstärkte duale Lehrlingsausbildung, ein Umdenken in der Verkehrspolitik, den Einsatz für frauenspezifische Interessen und eine Pensionsreform. Die niedrige Wahlbeteiligung von 49,14 % vermochte er sich nur durch eine „*allgemeine Politikverdrossenheit*“ zu erklären, aber auch damit, dass bei den Arbeitnehmern ein „*Wissensdefizit*“ über die umfassenden Leistungen der AK bestehe.<sup>3</sup>

Die Wahlen vom Oktober 1994 brachten einige Besonderheiten: Die Wahlbeteiligung war niedrig wie nie zuvor: Sie sank von 49,14 auf 28,49 %! Erstmals waren auch Arbeitslose, Karenzgeldbezieherinnen und geringfügig Beschäftigte zur Wahl zugelassen. Mit der Liste Gemeinsam trat eine neue Gruppierung auf, die auf Anhieb mit zwei Mandaten in die Vollversammlung einzog. Es waren die Grün-Alternativen, deren Parteifreunde im Vorarlberger Landtag mit drei Abgeordneten saßen. Mit Fink hatte der ÖAAB weiterhin die absolute Mehrheit errungen und, wie auch die Freiheitlichen, Stimmen dazugewonnen. Ausschlaggebend waren die Angestellten und für die FA vor allem der beispiellose Siegeszug von Jörg Haider – bei den Nationalratswahlen desselben Jahres hatte er 22,5 % der Stimmen erhalten! Die großen Verlierer waren die Sozialdemokraten. Sie vermochten nur noch bei den Verkehrsbediensteten zu punkten.<sup>4</sup>

Wahlergebnis 1994	Mandate	Stimmen	Prozent
ÖAAB/FCG	41	18 359	56,17 %
FSG	20	9 118	27,90 %
FA	7	3 764	11,52 %
Gemeinsam	2	1 441	4,41 %
<b>Wahlbeteiligung</b>			<b>28,49 %</b>



Die Hauptwahlkommission unter Vorsitz von Wahlleiter Michael Simma und Wahlkommissär Berndt Salomon

Es wurden Überlegungen laut, ob es nicht „sinnvoll“ wäre, wenn schon nicht bei AK-Wahlen, so doch bei Landtagswahlen, die Wahlpflicht einzuführen. In einem Leservotum hielten sich Gegner und Befürworter die Waage. Die AK-Führung wagte keinen weiteren Vorstoß. Fink erklärte sich die niedrige Wahlbeteiligung als Folge der „beispiellosen Skandalisierungskampagne der Bundes-FPÖ“, sah sie aber nicht in einer fehlenden Akzeptanz durch die Mitglieder: „[...] aber solange jährlich zehntausende Arbeitnehmer die Leistungen ihrer Arbeiterkammer in Anspruch nehmen, beantwortet sich die Frage der Akzeptanz von selbst.“<sup>5</sup>

Zu großen Überraschungen führten die Wahlen vom April 1999: Die Mitglieder konnten verstärkt mobilisiert werden, wohl auch dank der eingeführten Briefwahl und des Engagements von Vizepräsidentin Josefine Winkler für weibliche Wählerstimmen. Die Wahlbeteiligung stieg wieder an – auf 45,39 %.

Eine neue ideologische Gruppierung trat auf, die Neue Bewegung für die Zukunft. An der Spitze der Liste mit türkischstämmigen Migranten kandidierte der im Jahr 1968 geborene Adnan Dincer. NBZ wurde zum „Vorbild“ für weitere österreichische Migrantenlisten und stellte ein politisches Novum dar. Zielsetzung war, die Stellung der Minderheiten in ein besseres Licht zu rücken, ihnen eine Perspektive zu zeigen und zu helfen, sich in der Gesellschaft zurechtzufinden. Der Hintergrund für diese Neugründung war zweifellos die ausländerfeindliche restriktive Zuwanderungspolitik der FPÖ. 1993 kulminierte sie mit

ihrem Volksbegehren „Österreich zuerst“ – freilich mit wenig Erfolg.

Finks ÖAAB baute seine absolute Mehrheit aus. Der Spitzenkandidat der FSG, Walter Gelbmann, hatte zweifellos wenig Anklang gefunden, auch wenn er seine Liste mit der Hoffnung verband: „Mit euch ins nächste Jahrtausend“. Die Sozialdemokraten stürzten in ein Tief und machten Platz für eine Frau – für Manuela Auer.

Wahlergebnis 1999	Mandate	Stimmen	Prozent
ÖAAB/FCG	43	27 272	60,01 %
FSG	11	7 323	16,11 %
FA	9	5 788	12,74 %
GLB	0	268	0,59 %
NBZ	5	3 258	7,17 %
Gemeinsam	2	1 535	3,38 %
<b>Wahlbeteiligung</b>			<b>45,39 %</b>

Bei den Wahlen vom März 2004 war die Beteiligung mit 44,07 % in etwa gleich geblieben. Aber seit 1989 war es das erste Mal, dass keine Partei mehr die absolute Stimmenmehrheit erlangte, der ÖAAB erreichte nur mehr 46,55 %. Die Sozialdemokraten hatten sich jedoch erholt,



während die Freiheitlichen mit 6,26 % geradezu „abstürzten“. Wollte der ÖAAB seine Macht erhalten, war er auf die nun drittstärkste Fraktion der „Türken und Exjugoslawen“, die NBZ angewiesen, auf ehemalige Gastarbeiter!

Die Spitzenkandidatin der sozialistischen Gewerkschaften, Manuela Auer – die SPÖ befand sich auf Bundesebene in Opposition – gab sich wahlwerbend kämpferisch: „*Wir wollen eine aktive Interessenspolitik ohne parteipolitische Rücksichtnahme. Wie bei der unsozialen Pensionsreform, den Ambulanzgebühren oder der Unfallrentenbesteuerung werde ich mit meinem Team auch weiterhin gegen Ungerechtigkeiten kämpfen.*“ Der Stimmenzuwachs für die FSG sollte ihr recht geben. Politisch klug sprach sich Dincer von der NBZ für eine Zusammenarbeit mit allen Fraktionen aus, während Fink vor allem die Nachteile für die Frauen beseitigen wollte. Nicht überraschend wollten die Grünen die „*Integration weiter vorantreiben*“, was jedoch wenig werbewirksam war, wie ihr schlechtes Abschneiden mit nur drei Mandaten bewies.<sup>6</sup>

Wie man auch über die Ursachen dieser Veränderungen spekulieren mochte, es spielte sicherlich auch die Bundespolitik eine große Rolle. Die ÖVP-Regierung Schüssel II, seit 2003 im Amt und in Koalition mit FPÖ/BZÖ, hatte für viele Arbeitnehmer an Glaubwürdigkeit verloren. In der Pensions- und Gesundheitsreform ging nichts weiter, die Regierung plante gar die Einführung eines Selbstbehalts bei jedem Arztbesuch. Und als die rechtskonservative Regierung massive Senkungen der Renten ankündigte, kam es im Mai 2003 zum größten Streik in der Geschichte der Zweiten Republik. Er umfasste etwa eine halbe Million Menschen aus allen Schichten der Arbeitnehmerschaft. Die Sozialpartnerschaft stand auf dem Spiel, mit der die FPÖ ohnedies keine Freude hatte.

Wahlergebnis 2004	Mandate	Stimmen	Prozent
ÖAAB/FCG	34	21 328	46,55 %
FSG	25	16 112	35,17 %
FA	4	2 867	6,26 %
NBZ	4	3 053	6,66 %
Gemeinsam	3	2 455	5,36 %
<b>Wahlbeteiligung</b>			<b>44,07 %</b>

In den Monaten Jänner/Februar 2009 waren in Vorarlberg 114 600 Dienstnehmer aufgerufen, ihre Stimme abzugeben – 41,66 % folgten dieser Möglichkeit. Es war die erste große Bewährungsprobe für den seit Mai 2006 im Amt befindlichen Präsidenten Hubert Hämmerle und seines Direktors Rainer Keckeis, beide aus dem Lager der ÖVP.

Wahlergebnis 2009	Mandate	Stimmen	Prozent
ÖAAB/FCG	38	24 987	52,82 %
FSG	21	13 793	29,16 %
FA	4	2 829	5,98 %
NBZ	4	2 874	6,08 %
Gemeinsam	3	2 602	5,50 %
GLB	0	221	0,47 %
<b>Wahlbeteiligung</b>			<b>41,66 %</b>

Mit 52,82 % hatte Hämmerle die absolute Mehrheit zurückzugewinnen vermocht. Er gehörte wohl zu den beliebtesten Politikern Vorarlbergs. Selbstbewusst hatte er vor den Nationalratswahlen im Jahr 2008 einen umfangreichen Forderungskatalog zusammengestellt und in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. Für ihn war klar: „*Das Fass ist am Überlaufen.*“ Unermüdlich und lautstark setzte er sich im Jahr 2008 für eine Verbesserung des Pensionsrechts und für eine massive, vorgezogene Steuerreform ein – und dies gegen die Bestrebungen „seiner“ Bundes-ÖVP-Parteikollegen.<sup>7</sup> Begrüßt wurde die Forderung nach Anhebung der Vermögenssteuern für „Superreiche“ und die Abschaffung von Steuerprivilegien. Dem hatte die FSG nichts mehr hinzuzufügen. Die Sozialdemokraten mit ihren Stimmenverlusten sahen sich daher wieder in der Rolle einer starken Oppositions- und Kontrollkraft. Die NBZ konnte sich als drittstärkste Kraft behaupten und war in einigen Großbetrieben sogar als stimmenstärkste Fraktion hervorgegangen. Aufgrund ihres Wahlerfolges gab es sogar Überlegungen, auch bei der Landtagswahl mit einer eigenen Liste anzutreten. Adnan Dincer lehnte schließlich ab. Die öffentlichen Kontroversen waren zu stark und polarisierten in Vorarlberg. Ein Ausländerwahlkampf sollte vermieden werden.

Die den Grünen nahe Liste Gemeinsam verharnte auf ihrem Mandatsstand, war jedoch damit aufgefallen, dass sie als ihren Spitzenkandidaten – den türkischen Migranten

Die Spitzenkandidaten der AK-Wahl 2009, v. l.: Adnan Dincer (NBZ), Günther Baur (FA), Hubert Hämmerle (ÖAAB/FCG), Manuela Auer (FSG), Sadettin Demir (Gemeinsam)



Sadettin Demir – aufgestellt hatten. Seit 1974 besaßen ausländische Arbeitnehmer zwar das aktive AK-Wahlrecht, das passive wurde ihnen jedoch verwehrt. Die Liste Gemeinsam klagte beim Europäischen Gerichtshof – und bekam recht. Seitdem können alle Arbeitnehmer unabhängig von der Staatsbürgerschaft bei Betriebsrats- und AK-Wahlen kandidieren und haben somit auch das passive Wahlrecht.

Hämmerle wurde von der Vollversammlung mit 67 von 70 Stimmen neuerlich zum Präsidenten gewählt und versprach „mit gebündelten Kräften [...] eng und konstruktiv mit allen in der Vollversammlung vertretenen Fraktionen zusammen zu arbeiten“.<sup>8</sup>

Im Jänner/Februar 2014 wurden die bislang letzten AK-Wahlen abgehalten. Es ging um „eine starke AK, um den neoliberalen Begehrlichkeiten entschieden entgegenzutreten“.<sup>9</sup> Die Wahlbeteiligung war jedoch kein Ausdruck dieses Wunsches nach Stärke, sie war wiederum gesunken und betrug 36,39 %. Dabei hatte sich die AK bemüht, auch potenzielle Wählerinnen zu mobilisieren: Von 15 wahlwerbenden Kandidaten der Fraktionen waren allein acht weiblich, dabei stellten ÖAAB/FCG fünf Frauen. Darunter befanden sich auch zwei Spitzenkandidatinnen – für die FSG AK-Vizepräsidentin Manuela Auer und für die FA Melina Kloiber. Es konnte nicht an der fehlenden Akzeptanz der AK durch ihre Mitglieder gelegen sein, denn der sich wiederum zur Wahl als Präsident stellende Hubert Hämmerle hatte sich in den vergangenen Jahren weiterhin sehr engagiert gezeigt und sich für

Themen eingesetzt, die über die Parteigrenzen hinweg für alle Arbeitnehmer von Bedeutung waren.

Wahlergebnis 2014	Mandate	Stimmen	Prozent
ÖAAB/FCG	37	22 483	51,70 %
FSG	19	11 684	26,87 %
FA	6	3 613	8,30 %
Gemeinsam	4	2 916	6,70 %
NBZ	4	2 383	5,48 %
GLB	0	412	0,95 %
<b>Wahlbeteiligung</b>			<b>36,39 %</b>

Da die Fraktion ÖAAB/FCG die absolute Mehrheit halten konnte und sich am Kräfteverhältnis gegenüber der vorigen Funktionsperiode nichts geändert hatte, wurde Hubert Hämmerle wiederum zum Präsidenten gewählt. Die „unbefriedigenden“ politischen Verhältnisse der SPÖ-ÖVP-Bundesregierung warfen ihre Schatten aber auch auf die AK-Wahlergebnisse. ÖAAB und FSG verloren insgesamt drei Mandate, während die Freiheitlichen zulegten. Im AK-Vorstand hatte der ÖAAB/FCG Anspruch auf sieben Sitze, die FSG auf drei und die FA durch ihren Stimmenzuwachs nun auf einen. Die anderen Fraktionen schafften es nicht in den Vorstand.<sup>10</sup>

# PRÄSIDENTEN UND DIREKTOREN

Innerhalb von dreißig Jahren wies die AK lediglich zwei Präsidenten und zwei Direktoren auf. Die Amtsführung der dem ÖVP-Lager zugehörigen Führungspersönlichkeiten war von Kontinuität und Konsens geprägt. Ihre Aktivitäten waren durch Praxisnähe gekennzeichnet und dem Einsatz für sozial Schwache und sie scheuten nicht vor Kritik an der Bundesregierung. Direktor Rainer Keckeis, Nachfolger von Heinz Peter, nahm scharf und unverhohlen zu den Missständen der Weltwirtschaft Stellung.

Im Jahr 1987 übergab Bertram Jäger an Josef Fink die Arbeiterkammerpräsidentschaft. Jäger wurde 1929 in Bürs als Sohn eines Schneidermeisters geboren. Seine Funktionen als Betriebsrat, ÖVP-Stadtvertreter und Landtagsabgeordneter widerspiegeln seine starke Verbundenheit mit der katholischen Arbeitnehmerbewegung. Im Jahr 1969 wurde er zum Präsidenten der Vorarlberger Arbeiterkammer gewählt. Es war eine Koalition von ÖVP und FPÖ. Das Besondere: Erstmals in Österreich stand ein Nicht-sozialist an der Spitze einer Arbeiterkammer. 1974 erlangte der ÖAAB in der AK die absolute Mehrheit. Jägers Amtszeit war nicht einfach: Er hatte es mit einer starken Opposition zu tun. Mit der sozialistischen Gewerkschaft gab es Konflikte über grundsätzliche Aufgaben der AK, und zwischen 1974 und 1979 kam es zum „schmutzigsten Wahlkampf“, den die AK je geführt hatte. Trotz „politischer Übergriffe“ des Gewerkschaftsbundes hatte er es mit diesem „nie zum Bruch kommen lassen“. In Jägers Amtszeit entwickelte sich die AK noch mehr als bisher zu einem leistungsfähigen und unbürokratischen Dienstleistungsunternehmen. Sein Abschiedsappell und Vermächtnis in der 110. Vollversammlung 1987 lautete: „[...] zu dienen und nicht auf eigene Profilierung oder die der Fraktion hinzuschließen.“ Er war überzeugt, ein „geordnetes Haus“ zu verlassen, blieb jedoch weiterhin Kammerrat.<sup>1</sup>

Sein Nachfolger Josef Fink war um 13 Jahre jünger, 1942 in Langen bei Bregenz geboren. Erstmals in der

Geschichte der AK wurde ein Präsident gewählt, der nur einen kurzen politischen Karriereweg beschritten hatte. Nach einer Lehrausbildung zum Elektrotechniker kam er 1963 beruflich zu den Vorarlberger Kraftwerken, wo er als Betriebsratsvorsitzender fungierte. Seine besondere berufliche Fertigkeit stellte er in Duisburg anlässlich eines internationalen Berufswettbewerbs unter Beweis, bei dem er den zweiten Platz erreichen konnte. 1984 wurde Fink als Mitglied der Fraktion Christlicher Gewerkschafter Kammerrat. Als solcher war er Obmann des Ausschusses für neue Technologien und Berufsbildung.<sup>2</sup> In seiner Antrittsrede im Jahr 1987 definierte er seine politische Grundeinstellung und seine Visionen für die zukünftige Arbeit als Präsident. Es war ein klares Programm mit folgenden Schwerpunkten:

- Offene Auseinandersetzung über Problembereiche
- Konfliktlösung statt Konfliktvergrößerung
- Weitgehende Kompromissbereitschaft
- Uneingeschränkte Dialogbereitschaft
- Bekenntnis zur katholischen Soziallehre
- Starke Arbeitnehmerinteressenvertretung

Was seine wirtschafts- und sozialpolitischen Zielsetzungen betraf, nannte er die

- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der „schwächelnden“ Vorarlberger Wirtschaft
- Förderung der Bildungspolitik, vor allem der Lehrlingsausbildung
- Stärkung der Inlandsnachfrage auf den Märkten
- Ablehnung von Null-Lohnrunden
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Sein Schlusswort nach der Angelobung: *„Da ich mir vorgenommen habe, ein Präsident für alle zu sein, will ich mich auch für jene bemühen, die mir gegenüber noch eine reservierte Haltung einnehmen. Weil ich überzeugt bin, daß nur Gemeinsamkeit in der Arbeitnehmerpolitik Stärke bedeutet, möchte ich mich dafür ganz besonders einsetzen.“*<sup>3</sup> Dass sich Finks Programm bewährt hatte, bewiesen zwei Jahre später die AK-Wahlen. Fink und sein ÖAAB hatten 53,05 % der Stimmen erlangt und mit 38 Mandaten die absolute Mehrheit.<sup>4</sup>

Fink war der erste Präsident einer österreichischen Arbeiterkammer, der für den Beitritt zur EU eintrat. Die AK wurde unter ihm eine „andere“ Interessensvertretung: *„Früher war der Apparat in der Kammer ein Parteiapparat. Früher haben die Gewerkschaften der Arbeiterkammer sagen können, was sie zu tun hat. Heute nicht mehr. Da hat sich*





Das Präsidium der Vollversammlung 1989, v. l.: Vizepräsident Franz Abbrederis, Vizepräsidentin Josefine Winkler, Präsident Josef Fink, Direktor Heinz Peter, Vizepräsident Willi Pröckl



Das Präsidium der Vollversammlung 2012, v. l.: Vizepräsident Edgar Mayer, Präsident Hubert Hämmerle, Direktor Rainer Keckeis, Vizepräsident Bernhard Heinzle, Vizepräsidentin Manuela Auer

*Gewaltiges geändert.* <sup>5</sup> Für den „Sachpolitiker“, der die in Vorarlberg stets praktizierte Sozialpartnerschaft als „Erfolgsmodell für Österreich“ pries und Vorarlberg dabei als Vorbild betrachtete, gab es etliche Erfolge zu verzeichnen: Von der AK stimuliert, war es zur Gründung der Fachhochschule in Dornbirn gekommen, und eine zukunftsorientierte Bildungspolitik hatte zu einer eigenen Bildungseinrichtung – dem Bildungscenter – geführt, das

vorwiegend berufsqualifizierende Angebote stellte. Ein weiteres Highlight war die Einführung des Bildungszuschusses, „ein Signal, das österreichweit einmalig ist“. Als größten interessenspolitischen Erfolg konnte die Pensionsreform und Pensionsharmonisierung sowie die österreichweite Einführung des Modells „Abfertigung neu“ betrachtet werden, für das er beinahe zehn Jahre lang gegen viele Widerstände gekämpft hatte. Fink: „Die



Die drei Präsidenten des Zeitraums  
1969 bis 2017: Josef Fink, Bertram  
Jäger und Hubert Hämmerle

*Abfertigung neu ist das beste Beispiel dafür, dass man nicht aufgeben soll, wenn man von etwas wirklich überzeugt ist.*<sup>6</sup> Freilich gab es auch interne Konflikte, da er bemüht war, die AK zu entpolitisieren und sie vom traditionellen Druck des Gewerkschaftsbundes zu „befreien“, der einst das Sagen hatte.

Im März 2006 gab Josef Fink nach 19 Jahren im Alter von 63 Jahren „frühzeitig“ seinen Rücktritt bekannt: *„Es wird keiner festgestellt haben, dass ich amtsmüde bin. Denn das war nicht der Fall. Aber nach fast 600 Versicherungsmonaten darf ich doch mal auf die Uhr blicken.“* Unter den möglichen Nachfolgern entschied sich die ÖAAB-Arbeiterkammerfraktion einstimmig für den 44-jährigen Blum-Betriebsrat Hubert Hämmerle – auch der Wunschkandidat von Fink.<sup>7</sup>

In der Vollversammlung im Mai 2006 wurde Hubert Hämmerle in geheimer Wahl mit 44 von 69 abgegebenen Stimmen zum neuen Präsidenten gewählt – obwohl er nicht im AK-Vorstand vertreten war. Einen Gegenkandidaten gab es nicht. Zu seinem Sieg hatte die Koalition mit dem NBZ und nicht etwa mit den Sozialdemokraten beigetragen, die dies als *„Missachtung des Wählerwillens“* anprangerten.<sup>8</sup> Im Jahr 1961 in Lustenau geboren, absolvierte er eine Lehre als Mechaniker und Werkzeugmacher bei der Beschlägefirma Julius Blum und legte die Meisterprüfung als Mechaniker ab. Er beschäftigte sich bei Blum mit der Lehrlings- und Erwachsenenbildung, war von 1985 bis 1989 Ersatzbetriebsrat, anschließend bis 2004

Mitglied des Betriebsrats und von 2004 bis 2006 stellvertretender Betriebsratsvorsitzender. Die Wichtigkeit von Weiterbildung zeigte er auch dadurch, dass er berufsbegleitend die Berufsreifeprüfung absolvierte. Als Kammererrat war er Vorsitzender des Bildungsausschusses, den er sehr fachkundig leitete, wodurch er seine Führungsqualitäten unter Beweis stellen konnte. Wie Fink setzte er neue Akzente und Arbeitsschwerpunkte. Er forderte:

- Sozialpartnerschaft als zentrales Element der Arbeitnehmerpolitik
- Soziale Sicherheit, Aufnahme sozialer Grundrechte in die Verfassung
- Nachhaltige Beschäftigungspolitik
- Mehr Verteilungsgerechtigkeit der Einkommen
- Starker Wirtschaftsstandort Vorarlberg
- Für Frauen freie Wahlmöglichkeiten zwischen Beruf und Familie

Was die Bildung betraf, lagen die Schwerpunkte bei der

- Förderung von Sprachkompetenzen als Mittel zur Integration
- Aus- und Weiterbildung auf breiter Basis
- Erhaltung und Förderung des dualen Ausbildungssystems

Es war offensichtlich, dass Hämmerle aus der „Praxis“ kam und wirklichkeitsferne Theorien für ihn keine große Bedeutung besaßen. Daher pflegte er einen ständigen



Dialog mit den Arbeitnehmern unter dem Motto „*hinaus in die Betriebe, hinaus, hinaus!*“ Innerhalb von zwei Jahren nach seinem Antritt absolvierte er seinen 100. Betriebsbesuch und bezeichnete diese Besuche als „*wesentlichsten Aspekt seiner Arbeit [...] mit bloßer Theorie gebe ich mich nicht zufrieden*“. Und der 45-jährige Hubert Hämmerle fühlte sich seiner Aufgabe gewachsen: „*Ich habe Freude am Neuen und ich stehe unter Strom.*“<sup>9</sup> Und was ihm sicherlich große Sympathien bei den meisten Vorarlberger Arbeitnehmern einbrachte, war auf der Titelseite der AKtion zu lesen: „*Als AK-Präsident werde ich gegen die Mächtigen aus Politik und Wirtschaft antreten. Hart in der Sache, aber sachlich fair im Stil.*“<sup>10</sup> Unter dem Motto „*Mit reda kond d’Lüt zemma*“ lud Hämmerle regelmäßig zur Telefonsprechstunde ein: „*Nutzen Sie die Gelegenheit und machen Sie Ihre Fragen, Anliegen und Vorschläge zum Thema.*“<sup>11</sup>

Dass Hämmerle einen erfolgreichen Kurs steuerte, bewiesen die AK-Wahlen des Jahres 2009. ÖAAB/FCG erhielten die absolute Mehrheit, die sie im Jahr 2004 verloren hatten. Er wurde mit 67 zu 70 Stimmen der Kammerräte in der konstituierenden Vollversammlung neuerlich zum Präsidenten gewählt.<sup>12</sup> Auch bei den Wahlen des Jahres 2014 wiederholte sich sein Erfolg: 61 von 70 Stimmen waren auf ihn gefallen. Die vergangenen Jahre hatten der Kammer große und neue Probleme beschert. Es waren vor allem die Folgen der Weltwirtschaftskrise. Ihre mögliche Bewältigung war für Hämmerle nur dann gegeben, wenn in der Kammer mit einer Stimme gesprochen wird, „*[...] dass die Fraktionen in der Interessensvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an einem Strang ziehen*“. Die Herausforderungen in der Zukunft würden nicht leichter werden, und er nannte einige Bereiche, die zu bewältigen waren: die Senkung der Lohnsteuer, die Qualitätssicherung in der dualen Ausbildung, Arbeitszeitflexibilisierung und Maßnahmen für ältere Arbeitnehmer.<sup>13</sup>

Die Führung der Arbeiterkammer war auch geprägt von zwei amtsführenden Direktoren, Heinz Peter und Rainer Keckeis. Peter übernahm im Juli 1986 die Geschäfte von Kammeramtsdirektor Ernst Haselwanter. Bereits in den ersten Monaten waren auf ihn Probleme zugekommen, welche die AK noch längere Zeit beschäftigen sollten. Es ging um Honorare und Tarife der Berufsgruppe Zahnärzte, um angeblich „parasitäre“ Gastarbeiter und um die Stilllegung der traditionsreichen Textilfirma Ganahl. Dem gegenüber gab es aber auch Erfreuliches zu berichten: Der AK-Bibliotheksneubau im Palais Liechtenstein stand vor der Fertigstellung, die neue AK-Zeitung kam



Die AK-Direktoren Heinz Peter und Rainer Keckeis



Der AK-Vorstand 1979: Präsident Bertram Jäger, Vizepräsident Edmund Inama, Vizepräsident Karl Thaler, Vizepräsidentin Lotte Eß, KR Karl Falschlunger, KR Wilfried Mayer, KR Josef Schäfer, KR Walter Sutter, KR Hubert Wachter, KR Franz Abbrederis, KR Willibald Elisser, KR Josef Nagler, Direktor Ernst Haselwanter



Der AK-Vorstand 1989: Präsident Josef Fink, Vizepräsident Franz Abbrederis, Vizepräsidentin Josefine Winkler, Vizepräsident Willi Pröckl, KR Johann Geipel, KR Helmut Birnbaumer, KR Hubert Wachter, KR Norbert Loacker, KR Hans Grabher, KR Wilfried Mayer (auf dem Bild fehlen KR Sigmund Mozes und KR Albert Kolar), Direktor Heinz Peter

anstelle des bisherigen Mitteilungsblattes regelmäßig heraus und – für das Jahr 1986 sehr vorausblickend – man beschäftigte sich mit EDV-Datenverarbeitung. Es entstand auch ein eigenes Frauenreferat.<sup>14</sup> Heinz Peter hatte im Juli 1987 einen neuen „Vorgesetzten“ erhalten: Anstelle von Bertram Jäger wurde Josef Fink dessen Nachfolger. Die einzelnen Abteilungen wurden bei seinem Antritt mit Arbeit überhäuft, die die Direktion zu koordinieren hatte.

Da betreute beispielsweise im Jahr 1987 die Arbeitsrechtsabteilung 1 866 Beschwerden und 117 Klagen von Arbeitnehmern.<sup>15</sup>

Heinz Peter, 1945 in Rankweil geboren, studierte Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Innsbruck, trat 1976 in die Arbeiterkammer ein, war Referent von Bertram Jäger und Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit. Im Jahre 1985 übernahm er im Rahmen der



Der AK-Vorstand 2014: Präsident Hubert Hämmerle, Vizepräsident Edgar Mayer, Vizepräsident Bernhard Heinzle, Vizepräsidentin Manuela Auer, KR Jutta Gunz, KR Stephan Hoch, KR Werner Gohm, KR Wilhelm Oss, KR Klaus Willi, KR Reinhard Stemmer, KR Melina Kloiber, Direktor Rainer Keckeis (nicht auf dem Bild die kooptierten Mitglieder KR Sadettin Demir und KR Adnan Dincer)



Hochschullehrgänge für Informatik und angewandte Betriebswirtschaftslehre einen Lehrauftrag der Universität Innsbruck für das Lehrfach „Arbeitswissenschaften“. Für seine Publikationen zu arbeitnehmerorientierten Themen (Mitbestimmung, Kommunikation, Bildungspolitik) war er bereits 1980 mit dem Leopold-Kunschak-Preis ausgezeichnet worden.<sup>16</sup> Aufgrund seiner Kompetenzen war er in verschiedenen Gremien als Mitglied vertreten, unter anderem im Beirat für Wirtschaft und Sozialfragen in Wien, im Landesdirektorium des AMS Vorarlberg, und mehrere Jahre führte er als Obmann den Volkshochschulverband Vorarlberg. Seine Ansichten über die Funktion der AK gingen weitgehend konform mit jenen des Präsidenten Josef Fink. Seiner Ansicht nach sollte die AK in der Öffentlichkeit mehr als nur die „Wahrerin“ des Konsumentenschutzes sein, sondern verstärkt Interessenspolitik betreiben und dazu gehörten Schwerpunkte wie das Pensions- und Gesundheitssystem und die Bildungspolitik. Peter war überzeugt, dass diese Bereiche „nach dem Vorbild des Kapitals“ in „transnationale Netze“ eingebunden werden müssten, weil „die Probleme nicht mehr auf nationaler Ebene gelöst werden könnten“.<sup>17</sup>

Von Peter erschienen in der Zeitung AKtion regelmäßig Kommentare, welche die umfangreiche Tätigkeit der AK zusammenfassten und auf deren Leistungen verwiesen. Im Gegensatz zu Präsident Fink verzichtete er weitgehend auf ideologische Stellungnahmen. Es war schon eine Ausnahme, wenn er meinte, „dass mit alt-

hergebrachten Ideologien buchstäblich kein Staat mehr zu machen ist“.<sup>18</sup> Oder wenn er darauf hinwies, dass die AK als erste Institution in Vorarlberg auf das Problem des Mobbing öffentlich aufmerksam gemacht habe und kommentierte: „Mobber sind Zeitbomben für die Kollegenschaft.“<sup>19</sup> Der sozialistische AK-Vizepräsident Kurt Köpruner würdigte Peters Arbeit in der 109. Vollversammlung 1987 „hinsichtlich ihres Stils als auch ihres Inhalts“.<sup>20</sup>

Heinz Peter ist auch das Verdienst zuzuschreiben, dass nach jahrelangem Einsatz eine Fachhochschule in Vorarlberg gegründet wurde.

Gleichzeitig, als Josef Fink sein Amt an Hubert Hämmerle übergab, wurde Rainer Keckeis im Jahr 2006 einstimmig zum Nachfolger von Heinz Peter gewählt, der 19 Jahre lang die Arbeiterkammer als Direktor geleitet hatte. Der Feldkircher Keckeis wurde 1958 geboren, hatte nach seiner HTL-Matura verschiedenste Speziallehrgänge besucht und absolvierte an der Universität Krems ein Masterstudium. Er betätigte sich beruflich als Redakteur, Landessekretär der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst in Vorarlberg und sogar kurzfristig als Beamter im Ratssekretariat in Brüssel. Im Jahr 1986 trat er in die AK ein, leitete die Öffentlichkeitsarbeit und wurde ab 1991 stellvertretender Direktor. Ab 2003 war er geschäftsführender Direktor, weil Heinz Peter als Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) seine operative Rolle in der AK Vorarlberg ruhend gestellt hatte.





ÖGB-Landesvorsitzender Norbert Loacker, AK-Präsident Hubert Hämmerle, Ärztekammerpräsident Michael Jonas, VGKK-Obmann Manfred Brunner (v. l.) und WK-Präsident Manfred Rein (nicht im Bild) setzen sich für die rasche Umsetzung des betrieblichen Eingliederungsmanagements ein.

Seine Erfahrungen in der Öffentlichkeitsarbeit manifestierten sich in zahlreichen Kommentaren in der Zeitung AKTION. Schon am Beginn seiner Tätigkeit in den Jahren 2007/08 zeigte er sich kämpferisch und als erstaunlich kritischen Analytiker der Bundespolitik. Gleichgültig ob es sich um die ÖVP handelte, der er angehörte, oder um die Kanzler der SPÖ. Er musste in seiner Funktion als Direktor wenig Rücksicht auf Parteiideologien und Parteiapparate nehmen und war daher auch kein Freund „sanfter Worte“, wenn es um Missstände ging, die die Interessen der AK und die der Arbeitnehmer tangierten. Im Zusammenhang mit der Bewältigung der Wirtschaftskrise hielt er von den „einfach klingenden“ Lösungsvorschlägen „linker Kapitalismuskritiker“ und „grüner Systemkritiker“ nicht viel, denn er trat für Gewinnstreben, freilich bei nachfolgender steuerlicher Abschöpfung ein. Sein einfacher Rat: „Nicht in Panik verfallen und nicht jedem Rattenfänger nachlaufen.“<sup>21</sup> Zu diesen „Rattenfängern“ zählte etwa

auch der angesehene Wirtschaftsprofessor Bernhard Felderer des renommierten Instituts für Höhere Studien. Ihn bezeichnete er als unfähigen, „braven Vorbeter neoliberaler Ideologien“. Seine Vorstellungen seien „eine Posse, die an minderer Qualität keinen Vergleich zu scheuen“ brauche.<sup>22</sup> Keckeis war es auch, der bereits im Jahr 2008 eine „große Steuerreform“ und staatliche Struktur- und Verwaltungsvereinfachungen forderte, um generell den Faktor Arbeit und die Arbeitnehmer zu entlasten. Die Zeit „kosmetischer Reparaturen“ bei Steuerreformen sei endgültig vorbei.<sup>23</sup> Am Programm der Bundesregierung von SPÖ und ÖVP des Jahres 2007 ließ er kein gutes Haar. Die Überschrift seines umfassenden Kommentars lautete „Wer einmal lügt, dem ...“. Die einzelnen Regierungsvorschläge bezeichnete Keckeis als „kuschelweiche Rhetorik“ und er fand sie „enttäuschend, unglaublich, ungereimt und verpasst“. Zehn detaillierte kritische Punkte wurden aufgezählt. Glauben an die Regierung besaß er nicht mehr,

Die AK berät in allen Konsumentenfragen und bietet das umfassendste Serviceangebot für soziale Sicherheit.

**„Wir brauchen alle mal Hilfe.“**

Was tun, wenn Ihnen ein Problem mal über den Kopf wächst? Schreiben Sie uns: die AK berät Sie in allen Konsumentenfragen und bietet das umfassendste Serviceangebot für soziale Sicherheit.

Josef Fink: Ihr neuer AK-Präsident



**AK**  
sorgt für Ihre Sicherheit.



Präsident Josef Fink nah am Bürger. Signale setzen, damit man die Meinung der Menschen in Europa wieder ernst nimmt.

Hoffnung sah er allein bei den Sozialpartnern, *„die vielleicht in der Umsetzungsphase noch dafür sorgen können, dass ein paar Dinge im Sinne der Arbeitnehmer verbessert werden“*.<sup>24</sup>

Die Hauptlinien der wirtschafts- und sozialpolitischen Arbeitsweise der AK, aber auch die persönliche Meinung des AK-Direktors Keckeis brachten seine seit dem November 2010 ständig erscheinenden Leitartikel zum Ausdruck. Es gab kein „heißes Eisen“, das er nicht aufgriff. Da ging es etwa im November 2010 um die „Zufriedenheit“ der Österreicher. Sie seien reich, aber dennoch unzufrieden und hätten außerdem wenig Vertrauen in die Mitmenschen, wohl aber in politische Institutionen. *„Als gelernter Österreicher allerdings weiß man, wie widersprüchlich die heimische Seele ist. Und dass ‚Raunzen‘ und ‚Sudern‘ die eigentliche Nationalsportart der Alpenrepublikaner ist.“*<sup>25</sup> Auf den Wirtschaftsflügel der ÖVP war Keckeis im Allgemeinen nicht gut zu sprechen und er bezeichnete ihn als „Blockierer“ im Zusammenhang mit dem Pensionsystem.<sup>26</sup> Auch trat er für das Bonus-Malus-System ein, für Rücksichtnahme auf ältere Arbeitnehmer und sprach der ÖVP und SPÖ ins Gewissen: *„Es ist Zeit für eine Rückbesinnung auf sozialdemokratische und christlich-soziale Werte.“*<sup>27</sup> Diese Werte fand er nicht, wenn es im Jahr 2015 um die Bundesregierung ging: *„Diese Bundesregierung hatte bislang gnadenlos jede sich bietende Gelegenheit genutzt, um sich als handlungsunfähig, zerstritten oder inkompetent zu präsentieren.“*<sup>28</sup>



# LEGITIMATION UND MITGLIEDER-VERTRAUEN

Im Jahr 1990 wurde von der SPÖ-ÖVP-Bundesregierung das neue Arbeiterkammergesetz beschlossen. Vier Jahre später kam es zum „Schicksalsjahr“ für die AK, als die FPÖ unter Jörg Haider die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft forderte. Für die AK ging es um „Grundsätzliches“, nicht zuletzt um das Ende der bewährten Sozialpartnerschaft, von der Haider ebenfalls nichts hielt. Die AK reagierte im Jahr 1996 mit einer Mitgliederbefragung über die Pflichtmitgliedschaft. Sie führte zu einer geradezu „peinlichen Niederlage“ der Kammergegner – über 90 % bekannten sich zur Pflichtmitgliedschaft! Aber auch Heinz-Christian Strache, ebenfalls Parteivorsitzender der FPÖ, sprach 2008 von den Kammern negativ als zu beseitigende „Schattenparlamente und Nebenregierungen“. Ihm zur Seite standen später die Neos und das Team Stronach mit ihrem neo-liberalen Kurs. Die ab 1996 jährlich durchgeführten Mitgliederbefragungen bestätigten jedoch die große Zufriedenheit mit der AK, die mit dem Service ihrer Einrichtungen unter den Behörden den ersten Platz einnahm. Seit 1.1.2008 sind die Grundzüge der „nichtterritorialen Selbstverwaltung“ (Kammern und Sozialversicherungsträger) im österreichischen Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) festgeschrieben. Die Republik anerkennt die Rolle der Sozialpartner.

Besonders vonseiten der ÖAAB-Fraktion wurden in den 80er-Jahren Vorschläge zu einer Reform des Arbeiterkammergesetzes gemacht. Diese bezogen sich vor allem auf einen Ausbau der Demokratie durch ein verbessertes Wahlrecht und Wahlrechtsverfahren, auf eine Erweiterung der Aufgaben sowie auf mehr Transparenz und Kontrolle. Aber erst als die SPÖ durch die „Affäre Rechberger“ unter starken Druck der öffentlichen Meinung geriet, kamen die Reformbemühungen in Schwung. Rechberger war steiri-

scher AK-Präsident der SPÖ, hatte für damalige Zeit überdurchschnittlich hohe Gehälter bezogen und AK-Gelder missbräuchlich verwendet – war „maßlos im Machtanspruch als Parteipolitiker“. Vor allem für die Oppositionspartei FPÖ war er Feindbild Nr. 1 und „Beweis“ für die Fragwürdigkeit der Arbeiterkammern und deren Pflichtmitgliedschaft. Im Arbeitsübereinkommen der Koalitionsregierung SPÖ und ÖVP vom Dezember 1990 wurde die Kammerreform als Ziel der Bundesregierung festgelegt und im Jahr 1992 zum Bundesgesetz erhoben. Neu war, dass die AK von nun an auch Arbeitslose und Pensionisten vertrat.

Jörg Haider, Parteichef der FPÖ und Oppositionspolitiker, forderte daher im Jahr 1994 nichts weniger als das Ende der Arbeiterkammern im Rahmen seines ideologischen Modells vom Neuaufbau Österreichs in einer „Dritten Republik“. Es ging ihm jedoch um wesentlich mehr, nämlich um das Ende der bisherigen Macht der Sozialpartnerschaft, in der es die FPÖ mit demokratischen Mitteln nie schaffte, Fuß zu fassen. In diesem politischen, demokratisch legitimierten, vorparlamentarischen Entscheidungssystem sah Haider eine Gefahr für die Demokratie. Natürlich war ihm klar, dass seiner Partei nicht einfach die Abschaffung der Kammern gelingen konnte, aber zumindest ihre Schwächung sollte auf dem Weg der Beendigung der Pflichtmitgliedschaft erreicht werden.

Seine Ankündigungen auf einer Wahlveranstaltung in Vorarlberg im Oktober 1994 versprachen nichts Gutes: Bei den anstehenden Nationalratswahlen wollte er die Zweidrittelmehrheit der Großen Koalition SPÖ-ÖVP brechen. *„Dann werde die FPÖ ein Verfassungsgesetz initiieren, mit dem verpflichtend in allen Kammern über die Pflichtmitgliedschaft Urabstimmungen durchgeführt werden müssen.“*<sup>1</sup> Die Zugehörigkeit zu den Arbeiterkammern sollte ähnlich einem Verein bzw. den Gewerkschaften auf freiwilliger Basis erfolgen. Anlass für seine Pläne boten die eine breite Öffentlichkeit empörenden Skandale über die horrenden Gehälter sozialistischer steirischer Arbeiterkammerfunktionäre, vor allem des Präsidenten Alois Rechberger mit seiner Pension von monatlich 84.000,- Schilling. Jörg Haider machte den Fall zum populistischen Wahlkampfthema.<sup>2</sup>

Die Freiheitlichen hatten auch in Vorarlberg ihre Unterstützer. Dies ergab im Dezember 1994 ein Leservotum in den Vorarlberger Nachrichten: 68 % sprachen sich gegen eine Pflichtmitgliedschaft aus! Die VN-Redaktion hatte dieses negative Ergebnis nicht erwartet und versuchte den „Schaden“ zu beheben. Dies geschah

Die Arbeiterkammer bietet Schutz und Hilfe in schwierigen Situationen.



auf einem öffentlichen sogenannten „VN-Stammtisch“. Vertreter der Sozialpartner und Parteien waren zugegen. Es wurde zwar heftigst über mögliche Alternativen diskutiert, aber schließlich konnte nicht nur die Zeitungsredaktion aufatmen: „[...] sowohl am Podium als auch im Publikum waren jene deutlich in der Mehrheit, die prinzipiell für ein Beibehalten des Kammerystems eintraten. Die Devise für die Alternative, so der Tenor: Reformieren,

*wo nur möglich und Befragen aller Mitglieder bis 1996.*”<sup>3</sup>

Die AK wurde umgehend aktiv: Präsident Fink stellte klar, dass es die Arbeiterkammer als öffentlich-rechtliche Körperschaft ohne Pflichtmitgliedschaft nicht geben könne, wolle sie nicht auf das Niveau einer „Nebengewerkschaft“ herabsinken. Haider's Forderung nach einer Abstimmung über die Pflichtmitgliedschaft sei eine „Bürgertäuschung“, da ihnen die weitgehenden Konsequenzen





AK-Direktor Rainer Keckeis,  
Landeshauptmann Markus Wallner,  
Bereichsleiterin Karin Hinteregger  
(4. v. r.) und die Mitarbeiter der  
AK-Konsumentenberatung

verschwiegen würden. Es stehe nichts weniger als die „demokratische Zukunft unseres Landes“ auf dem Spiel. Fink warnte auch davor, es würde der *„Klassenkampf auf der Straße wieder sichtbar werden“*. Dagegen stehe die traditionelle Sozialpartnerschaft *„für Stabilität und sozialen Frieden“*.<sup>4</sup>

Was den freiheitlichen Bestrebungen zugute kam, war die besorgniserregend niedrige AK-Wahlbeteiligung von

nur 28,5 %. AK-Direktor Peter erkannte dieses Warnsignal durchaus, auch wenn er diese nicht mit den Erfolgen des freiheitlichen „Populismus“ in Verbindung bringen wollte: Die AK sei zu sachlichen Diskussionen bereit, habe sich dem technologischen Wandel und den neuen Formen der Aus- und Weiterbildung zu stellen. Der EU-Beitritt, die europäische Osterweiterung und die Globalisierung brächten weitere Herausforderungen. Alle diese Probleme seien mit der Arbeiterkammer als starke Interessensvertretung leichter zu bewältigen.<sup>5</sup>

Diesen Argumenten sollten auch die Arbeiterkammermitglieder folgen, und daher ging Präsident Fink noch weiter als die FPÖ und forderte *„nicht eine Abstimmung über die Pflichtmitgliedschaft, sondern darüber, ob die Österreicher das bewährte Kammer-System auch in Zukunft noch wollen oder nicht, ob sie die Sozialpartnerschaft wollen oder nicht“*. Er und Direktor Peter verbargen ihren Unmut gegen Haider und die FPÖ nicht, die sie für eine





„Konfliktverstärkung“ verantwortlich machten: „Österreich braucht keine 3. Republik, die mehr Machtkonzentration, mehr Klassenkampf, mehr Streiks, weniger sozialen Frieden und weniger volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit bringen würde. Österreich braucht weiterhin eine funktionierende Sozialpartnerschaft mit einem gesetzlichen Kammersystem als tragende Säule.“<sup>6</sup>

Die AK ging freilich bei dieser Befragung kein großes Risiko ein, war ihr doch bekannt, dass der überwiegende Teil der Arbeitnehmer Vertrauen in die Institution der AK besaß und für die Sozialpartnerschaft als Garant für den sozialen Frieden eintrat. Fink warnte dennoch ausdrücklich davor, falls die Agenden der AK durch den Staat übernommen würden: „Man braucht kein Hellseher zu sein, um vor auszusehen, daß die Parteien knallhart ihre Interessen ohne Rücksicht auf den kleinen Mann durchdrücken, wenn die Arbeitnehmervertretungen geschwächt werden.“<sup>7</sup>

Das Jahr 1996 war mit der Mitgliederbefragung über die Pflichtmitgliedschaft der unbestritten positive „Höhepunkt“ für die AK Vorarlberg. Sie endete mit einer geradezu „peinlichen Niederlage“ der Kammergegner: Einmal gaben über 56 % der Kammermitglieder ihre Stimme ab und von ihnen bekannten sich über 90 % zur Pflichtmitgliedschaft. Präsident Fink sah diesen Erfolg jedoch nicht als Bestätigung für eine „Absicherung“ der bisherigen Kammerstätigkeit, als „Ruhekissen“, sondern bestenfalls als „Beruhigungspille“ und vor allem als Aufforderung zu einer „kantigen und dynamischen Interessenspolitik“.<sup>8</sup>

Was die FPÖ als Oppositionspartei nicht zustande gebracht hatte, versuchte sie als erstmalige Regierungskoalitionspartei zusammen mit der ÖVP. Die Bundesregierung schlug nämlich eine Senkung der AK-Umlage vor, das heißt, eine Senkung der personalen Arbeitnehmerabgabe auf 0,3 % des Bruttogehaltes. Es hätte für die AK eine Kürzung ihrer Budgetmittel um 40 % (!) bedeutet



AK-Präsident Josef Fink kommentierte das neue AK-Gesetz.

und dass dadurch die Interessensvertretung der Arbeitnehmer „mundtot gemacht“ würde. Der Vorstoß ging jedoch ins Leere: Auch die Arbeiterkammervollversammlung lehnte im Jahr 2000 diesen Angriff empört ab und hatte dabei die fast völlige Rückendeckung ihrer Mitglieder. Selbstbewusst proklamierte sie an die Wiener Regierungsadresse: „Die Regierungspolitiker mussten zur Kenntnis nehmen, dass die AK-Mitglieder eine starke Arbeiterkammer wollen und dass sie vor allem gewillt sind, selbst über die Zukunft ihrer Interessenvertretung zu entscheiden.“<sup>9</sup>

Trotz dieser Vertrauensvoten der AK-Mitglieder schwelte auch in den kommenden Jahren das Feuer der Schwächung der Sozialpartnerschaft. Heinz-Christian Strache, Parteivorsitzender der FPÖ, sprach etwa 2008 in guter Haider-Tradition von den Kammern negativ als „Schattenparlament und Nebenregierung“<sup>10</sup> und anlässlich der AK-Wahlen 2014 folgten dieser Argumentation auch die Vorarlberger Neos mit ihrem damaligen Kurzzeit-Landessprecher Chris Alge. Überhaupt wurden die Bundes-Neos unter ihrem aus Vorarlberg stammenden Parteigründer (2012) und Parteivorsitzenden Matthias Strolz zu den vehementesten Befürwortern einer Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft und folgten damit wie das Team Stronach einem neoliberalen Kurs. Besonders in der Parlamentsdebatte vom April 2015 kam dies klar zum Ausdruck: Die Kammern, so Strolz, „haben vieles richtig gemacht, nur: sie sind nie im 21. Jahrhundert angekommen“.<sup>11</sup>



Arbeiterkammerpräsident Josef Fink im Gespräch mit Projektteilnehmern.



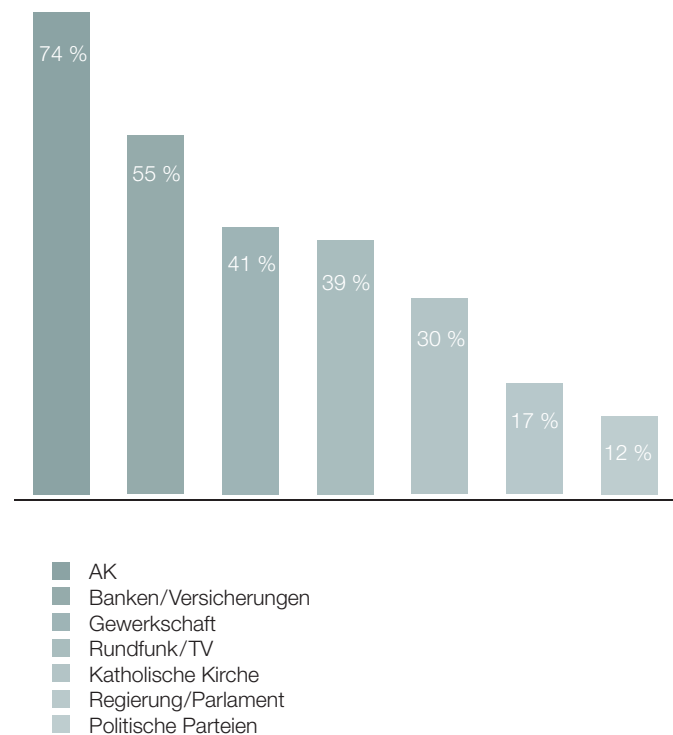
Eines war offensichtlich geworden: Die Arbeiterkammer war wie nie zuvor unter Legitimationsdruck geraten, der nur durch die Vorlage ihrer Leistungsbilanzen und eine positive Einstellung der Mitglieder kompensiert werden konnte. Ein wesentliches Mittel dazu, mit breiter Öffentlichkeitswirksamkeit, waren Mitgliederbefragungen durch renommierte Meinungsforschungsinstitute. Die Vorarlberger AK hatte dabei bereits in den 80er-Jahren allen Grund stolz zu sein. In einer IFES-Umfrage wurde sie von den Arbeitnehmern zur wichtigsten Interessensvertretung erklärt, wobei sie mit 81 % unter sämtlichen Arbeiterkammern Österreichs an erster Stelle stand. Für diesen Erfolg gab es mehrere Ursachen: Als erste AK Österreichs hatte sie den kostenlosen Rechtsschutz für alle Arbeitnehmer eingeführt, der Bildungsbereich an erster Stelle machte 41 % der Ausgaben aus und mit 8,1 % des Budgets waren die Verwaltungskosten niedrig.<sup>12</sup>

Nach den Turbulenzen zwischen 1994 und 1996 führte die AK fast jährlich Mitgliederbefragungen durch, um sich an den Erfordernissen der Mitglieder zu orientieren. Die Ergebnisse waren erstaunlich: Innerhalb von vier Jahren war das „Vertrauen“ in die AK im Jahr 1999 von 68 auf 74 % gestiegen, gegen ihren Weiterbestand waren lediglich 12 %. Die meiste Zustimmung kam von Frauen. Der EU-Beitritt hatte zu einem erhöhten Wettbewerb und Druck am Arbeitsplatz geführt, der Abbau von Sozialleistungen wurde befürchtet, wie von vielen Skeptikern der EU prognostiziert. Großes Vertrauen brachten die Befragten an zweiter Stelle mit 55 % damals noch den Banken und Versicherungen entgegen, gefolgt von den Gewerkschaften mit 41 %. Bedenklich waren mit 12 % und als Schlusslicht – die politischen Parteien. Die Arbeiterkammer wurde somit nicht etwa einer politischen Partei oder offensichtlichen Ideologie zugeordnet, sondern an ihren objektiven Leistungen gemessen.<sup>13</sup>

Die Zukunftsängste der Vorarlberger nahmen zu, die ihnen auch die katholische Kirche nicht zu nehmen vermochte, ihr gaben im Jahr 2002 nur mehr 25 % der Befragten das Vertrauen. Die Ängste waren durchaus gruppenspezifisch: Sie waren bei angelernten Arbeitskräften und Hilfsarbeitern sowie bei Personen über 45 Jahren am höchsten.<sup>14</sup>

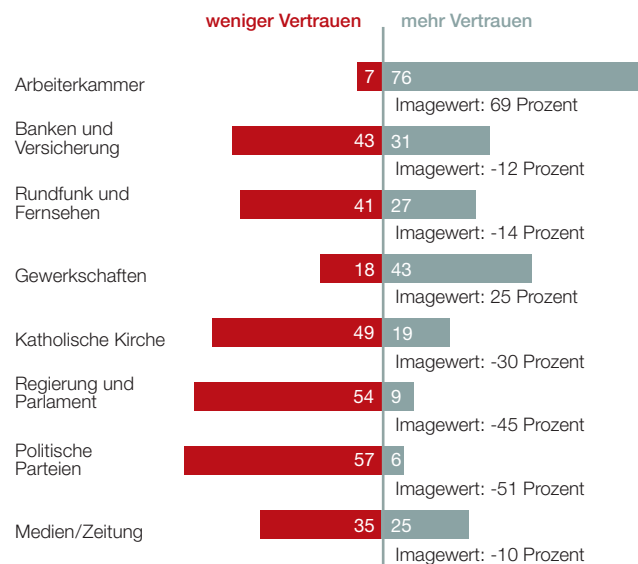
Auch nach der aufsehenerregenden politischen Regierungswende 2002/03, der Koalition ÖVP-FPÖ, änderte sich die hohe positive Einstellung der Arbeitnehmer zur Arbeiterkammer nicht, während Parlament und Regierung durch die angekündigte Sparpolitik, die BAWAG-Pleite und die Turbulenzen bei den ÖBB mit Streiks (2006)

Vertrauen in Institutionen/Vorarlberg 1999



Quelle: Dr. Edwin Berndt

Beliebtheit wichtiger Institutionen in Österreich 2013 (Angaben in Prozent)



Quelle: Dr. Edwin Berndt

weiter an Vertrauen verloren. Selbst die Teilnahme von zwei Vorarlbergern in der Bundesregierung – Vizekanzler und Verkehrsminister Hubert Gorbach und Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturministerin Elisabeth Gehr – änderten an der Politikverdrossenheit nichts.

Kammergegner konnten dieser Institution keine einseitigen Manipulationen der Mitgliederbefragungen vorwerfen, die Ergebnisse der Studien waren jederzeit objektivierbar. Das vielzitierte „Vertrauen“ widerspiegelte sich auch im persönlichen Kontakt der Kammerbediensteten mit den Ratsuchenden: *„Nach einer Beratung sind die Betroffenen vor allem von der Freundlichkeit der Gespräche, der fachlichen Kompetenz der Mitarbeiter sowie von deren Geduld und der Verständlichkeit der Informationen angetan.“*<sup>15</sup>

Die Arbeiterkammer war zu einer Institution geworden, die größte Kundenzufriedenheit besaß und ihre Dienstleistungen zudem kostenlos anbot. Mit ihrem breiten Angebot und Bekanntheitsgrad konnte in Vorarlberg keine andere Institution konkurrieren. Was den Arbeitnehmern am Herzen lag und Sorgen bereitete, erläuterte eine Statistik aus dem Jahr 2003 über die Anzahl der frequentierten Informationen und Beratungen. An der Spitze rangierten mit je 89 % der Konsumentenschutz und das Arbeitsrecht.

---

#### Beratungsanliegen der Arbeitnehmer 2003

---

89 %	Konsumentenschutz
89 %	Arbeitsrecht
83 %	Lehrlings- und Jugendschutz
77 %	Sozialrecht
76 %	Berufliche Weiterbildung
68 %	Steuerrecht
58 %	Umwelt
49 %	Insolvenzrecht
43 %	Verkehr

---

Quelle: Tätigkeitsbericht 2003, Seite 27

AK-Direktor Heinz Peter nahm dann auch eine neue Standortbestimmung der Arbeiterkammer vor. Er definierte sie abseits eines „klassischen“ Amtes mit Behördencharakter *„als eine Art ‚Rückversicherung‘ [...] von der es gut ist, dass es sie gibt, wenn man sie braucht. Das empfinden vor allem Menschen mit niedrigerem Bildungsstand – also die Schwächeren in unserer Gesellschaft, die sich erfahrungsgemäß wesentlich schwerer tun, ihre eigenen Interessen gegenüber anderen durchzusetzen.“*<sup>16</sup>

Und die „Art Rückversicherung“ hatte sich bewährt, was eine Untersuchung durch ein Markt- und Meinungsforschungsinstitut im Jahr 2005 zutage brachte. Die AK genoss bei Mitgliedern wie auch Nichtmitgliedern das *„größte Vertrauen“*, wenn es um Rechtsauskünfte oder konkrete Rechtshilfe ging. Mit ihrer *„Lösungskompetenz“* lagen Rechtsanwälte, Betriebsräte und das persönliche Umfeld weit abgeschlagen. Dabei standen Lohn- und Gehaltsfragen und Kündigungen an erster Stelle. Die Erklärung der AK dazu: *„Vorarlbergs Arbeitnehmer schlucken ihren Ärger über die Bedingungen ihrer Arbeit nicht mehr einfach hinunter, wie es früher eher gang und gäbe war.“*<sup>17</sup> Diese Spitzenwerte der Arbeiterkammer blieben erhalten.

In der Rangfolge gab es jedoch ab 2010 eine wenig überraschende Änderung: Die Banken verloren ihr einstiges hohes „Vertrauen“ und glitten auf Platz drei, die Gewerkschaften nahmen ihre Position ein. Die Spekulationen der internationalen Großbanken, die Wirtschafts- und Finanzkrise und die Skandale um die Hypo Alpe Adria hatten dazu geführt. Regierung und Parteien bildeten nach wie vor die beklagenswerten Schlusslichter.<sup>18</sup>

Im Servicebereich der AK gab es ebenfalls bedeutende Änderungen. Seit 2013 stand die für alle Vorarlberger, auch für nicht Arbeiterkammermitglieder – sehr zum Ärgernis der Rechtsanwaltskammer – kostenlose Rechtsberatung und Rechtsvertretung noch vor dem Konsumentenschutz an erster Stelle.<sup>19</sup>

# BAULICHE ENTWICKLUNG DER AK

Das neu errichtete Verwaltungsgebäude des Jahres 1952 in Feldkirch bot in den 80er-Jahren keinen ausreichenden Platz mehr für die ständig gewachsenen Aufgaben der Kammer. Eine vorläufige Lösung eröffnete das nahegelegene Haus Widnau 2, in welchem der ÖGB, das Gastarbeiterreferat sowie das Betriebsreferat Unterkunft fanden. Der Vorstand der AK beschloss im Jahr 2002 den Bau eines Bildungszentrums unter einem Dach mit dem bestehenden Gebäude und dessen Generalsanierung. Im Jahr 2008 begann man zu diesem Zweck mit dem Abbruch des alten Zeughauses und gleichzeitig mit Umbauarbeiten im Altbau sowie mit der Gestaltung eines Kinderbetreuungszentrums. Nach zwei Jahren waren sämtliche Bauarbeiten abgeschlossen.

Direkt an der Bärenkreuzung: Die AK Vorarlberg, das BFI der AK Vorarlberg und die AK-Bibliothek an einem Standort

Im Jahr 1952 zog die AK von den beschränkten Räumlichkeiten in der Gilmstraße, in der sie seit 1925 mit Bibliothek Unterkunft gefunden hatte, in den Neubau in der Widnau. Das Verwaltungsgebäude war von der Feldkircher Architektin Adelheid Gnaiger entworfen worden. Es bot mit seinem Saal erstmals in Feldkirch ein ansprechendes Kulturzentrum für Theater- und Musikaufführungen. Schon in den 70er-Jahren herrschte im Gebäude jedoch







Kundenfreundliche Raumgestaltung  
in der neuen AK



Platznot und so begannen um 1980 erste Studien und Vorentwürfe für einen Umbau, der 1986 begann. Dieser wurde im November 1991 präsentiert. Neben der Erneuerung des Festsaales waren auch moderne Kurs- und Seminarräume entstanden. Die Arbeiten hatten rund 80 Millionen Schilling gekostet, und man betonte: *„Trotz der langen Umbauphase konnte der budgetierte Kostenrahmen eingehalten werden.“*<sup>1</sup> Dennoch sah sich die AK-Führung veranlasst, die Notwendigkeit für einen Umbau zu begründen. Anstoß dazu gab auch das neue Arbeiterkammergesetz: *„Der Gesetzgeber hat ein klares Bekenntnis zu den gesetzlichen Interessensvertretungen mit gesetzlicher Mitgliedschaft abgegeben und dies bedeutet, daß die Kammer auch die räumliche und personelle Infrastruktur für diesen Gesetzesauftrag benötigt.“*<sup>2</sup>

In der Zwischenzeit hatten sich aber auch weitere Veränderungen der Verwaltungsinfrastruktur ergeben: Das nahe gelegene Gebäude Widnau 2, das in den 80er-Jahren



des 19. Jahrhunderts errichtet worden war, war 1977 von der Sparkasse der Stadt Feldkirch erworben worden und diente ab 1983 als Sekretariat des ÖGB, als „Ausländerreferat“ sowie als Betriebsreferat. 1986 wurde das adaptierte Gebäude eingeweiht – es war der 40. Jahrestag der Wiedererrichtung der Vorarlberger Arbeiterkammer.<sup>3</sup> Außerdem begann 1986 die AK mit der Umsiedlung ihrer umfangreichen Bibliothek ins Palais Liechtenstein in der Schlossergasse.

Nach fünfzehn Jahren hatte das Äußere des Kammergebäudes an Anziehungskraft verloren. Und nun beschloss man, sich statt Blau und Grün auf Rot und Weiß/Grau umzustellen, womit die Fassade sich mit den Vorarlberger Landesfarben identifizierte. Eingeleitet wurde dieser Prozess durch den 2003 zum geschäftsführenden Direktor bestellten bisherigen AK-Direktor-Stellvertreter Rainer Keckeis. Neuerungen gab es auch in anderen Bereichen: Die Zeitung AKtion und die AK-Tätigkeitsberichte erhiel-

ten ein neues Aussehen. Und auch personell gab es Änderungen: Präsident Josef Fink übergab 2006 sein Amt an Hubert Hämmerle, der mit starken Tönen aufhorchen ließ: *„Als AK-Präsident werde ich gegen die Mächtigen aus Politik und Wirtschaft antreten. Hart in der Sache, aber sachlich fair im Stil.“* Der Leitspruch der AK lautete: „Stark für Sie.“<sup>4</sup>

Nachdem vor allem durch die Ausweitung des Kursangebots die AK an ihre räumlichen Grenzen stieß, entschied man sich unter Federführung des künftigen AK-Direktors Rainer Keckeis für eine entscheidende Weichenstellung: Der Vorstand der AK beschloss den Bau eines Bildungszentrums unter einem Dach mit dem bestehenden Gebäude.<sup>5</sup> Vier Jahre später wurde das aus einem Architekturwettbewerb hervorgegangene Siegerprojekt gekürt.<sup>6</sup> Im Jahr 2008 begann man mit dem Abbruch des alten Zeughauses und dem Neubau des Bildungszentrums, gleichzeitig mit Umbauarbeiten im Altbau für das neue



Kinderbetreuungszentrum, das 2008 von Landeshauptmann Herbert Sausgruber eröffnet wurde. Ausgrabungen von drei antiken römischen Ziegelbrennöfen brachten kurzfristige Bauverzögerungen.<sup>7</sup>

Im modernen Bildungszentrum fanden bereits nach einjähriger Bauzeit 2009 die ersten Kurse statt. In vier Stockwerken wurden 28 Kursräume untergebracht. Die provisorisch im Ganahl-Areal durchgeführten Kurse konnten wieder im Hauptgebäude abgehalten werden. Im Oktober 2010 fand die feierliche Eröffnung statt. Die Münchner Architekten Drescher/Kubina fassten ihre Konzeption zusammen: „*Uns war ein signifikanter Neubau wichtig, der gleichzeitig zurückhaltend sein, trotzdem aber selbstbewusst und seriös wirken sollte. [...] Besonderes Augenmerk wurde auf die Öffentlichkeitswirksamkeit der Arbeiterkammer gelegt. [...] Der gesamte Bestand sollte heller und freundlicher werden. [...] Es ist auch überall das Spiel mit den Rottönen zu finden, die auf das AK-Logo zurückzuführen.*“<sup>8</sup>

Das Gebäude Widnau 2 wurde 2014 abgerissen, nicht ohne dass darüber eine ansprechende architektur- und kulturhistorische Dokumentation mit dem Titel „Haus Widnau 2 in Feldkirch“ von Ingrid Holzschuh und Susanne Emerich erschien.

Aber auch in den AK-Geschäftsstellen des Landes gab es Standortveränderungen und bauliche Maßnahmen. Bregenz war 1954 die erste Außenstelle der AK, die drei Jahre später in eine Amtsstelle umgewandelt wurde. Sie

fand 1959 im Gewerkschaftshaus Bregenz-Vorkloster und hernach im GWL (Gemeinschaftswarenhaus am Leutbühel) im Stadtzentrum eine Unterkunft. Im Jahr 2000 übersiedelte sie in das neue Gewerkschaftshaus an der Rheinstraße gegenüber dem Arbeitsmarktservice und im Dezember 2014 in die Rathausstraße.<sup>9</sup>

Bis 1958 wurden in den Räumlichkeiten des Amtes der Stadt Dornbirn lediglich Sprechtag abgehalten. Dann übersiedelten die Büroräume und die Bibliothek in das Messehochhaus, wo sie bis 2016 blieb, ehe sie an den Bahnhof in das von der AK erworbene und generalsanierte ehemalige Hauptgebäude der Allianz Versicherung übersiedelte.<sup>10</sup>

In Bludenz gab es seit 1959 eine Amtsstelle in einem eigens dazu errichteten Gebäude am Bahnhofplatz. Es diente als Bildungs- und Kulturzentrum und besaß auch eine „moderne“ Bibliothek. Im Jahr 1978 wurde eine völlige Neugestaltung des Hauses vorgenommen. Zur Eröffnung war gar Bundespräsident Rudolf Kirchschläger erschienen. Im Jahr 2008 entschloss man sich am selben Standort zu einem Neubau, für welchen man als Partner die VOGEWOSI gewinnen konnte. Nach dreijähriger Bauzeit wurde das Gebäude am 22. Juni 2012 im Rahmen eines Tages der offenen Tür an dem von der Stadt Bludenz umgestalteten Bahnhofplatz eröffnet.<sup>11</sup>



Das Eltern-Kind-Zentrum in den Räumlichkeiten der AK Feldkirch bietet eine kostenlose, ganztägige Kinderbetreuung für AK-Kursteilnehmer an.



# ÖFFENTLICHKEITS- ARBEIT UND MEDIEN

Mit zwei Printmedien dokumentiert die AK ihre Tätigkeit und politische Einstellung: Es sind die „Tätigkeitsberichte“ und ab 1987 ist es die Zeitung „Aktion“. Mit den Leserbefragungen, Mitgliederbefragungen und den objektiven Warentests schuf sich die Zeitung eine solide Basis und informierte sich gleichzeitig über die Stimmungen im „Volk“, worauf man politisch reagieren konnte. Die intensive Öffentlichkeits- und Pressearbeit trug auch dazu bei, die „Wichtigkeit“ der Kammer zu unterstreichen. Ab 1995 waren die gesamten Dienste der einzelnen Abteilungen vom Computer abrufbar, was die „Transparenz“ und Glaubwürdigkeit der Institution nach außen verstärkte.

Öffentlichkeitsarbeit war und ist ein wichtiger Bestandteil der AK: Sie stellte die Kontakte zwischen der Verwaltung und den Mitgliedern her und legitimierte die Aktivitäten nach außen, was besonders in den 90er-Jahren von größter Bedeutung war, als die FPÖ die Pflichtmitgliedschaft und überhaupt die Notwendigkeit der Kammern infrage stellte. Die Kunst der Öffentlichkeitsarbeit lag auch darin, die Aktivitäten der einzelnen Abteilungen öffentlichkeitswirksam in Szene zu setzen, um damit das Bewusstsein der Arbeitnehmer für die Themen zu mobilisieren. Die immer wieder erhaltene und für die AK wichtige „Akzeptanz“ hing somit stark von der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit ab.

Bei Antritt von Präsident Josef Fink im Jahr 1987 betraf Öffentlichkeitsarbeit Symposien, Vorträge, Pressekonferenzen, Presseaussendungen, Betriebsbesuche und die Erarbeitung verschiedenster Informationsbroschüren, um nur einige zu nennen. Besonders die jährlich mehrfach stattfindenden Pressekonferenzen hatten eine zentrale Bedeutung, da die AK in deren Rahmen zu den anstehenden Problemen nicht nur ausführlich Stellung bezog, sondern auch Forderungen, Vorschläge und Konzepte vorlegte. Im Jahr 1996 gab es beispielsweise sechs Pressekonferenzen!

Zentrale Informationsquellen waren die jährlichen Tätigkeitsberichte. Diese umfassten in den 80er-Jahren



Aktion im Aufwind. Laut Umfrage hatte die Zeitung Aktion im Jahr 1996 einen Bekanntheitsgrad von 90 Prozent.

AKtuell wurde als Wandzeitung gestaltet und erging an alle Betriebsräte im Lande und an öffentliche Stellen.



noch über zweihundert Seiten, nahmen hernach an Umfang ab und erhielten ab 2006 nach einer europaweiten Ausschreibung ein neues Erscheinungsbild mit einer weiteren Reduktion des Inhaltes.

Als breit gestreute Dokumentationsquelle der Aktivitäten der AK spielten ab 1987 zwei Medien eine wichtige Rolle: Als Periodikum erschien die Wandzeitung „AKtuell“, vorerst in einer Auflage von 4 500 Stück, sie wurde 1992 neu gestaltet. Als „zentrales“ Medium entwickelte sich jedoch die vom damaligen Leiter der Öffentlichkeitsarbeit Rainer Keckeis konzipierte und redaktionell geführte „Zeitung der Vorarlberger Arbeiterkammer – AKtion“. Bertram Jäger, noch Präsident, machte klar, worum es ging: Sie berichte von nun an nicht nur über die traditionellen Aufgabenbereiche, „*die Vertretung der Arbeitnehmer in arbeits- und sozialrechtlicher Hinsicht wird ebenfalls breiten Raum in der Berichterstattung einnehmen*“ und auch „*gegensätzliche Standpunkte sollen aufgezeigt und aus Arbeitnehmersicht entsprechend kommentiert werden*“. Die AKtion sollte fundierte Informationen bieten und meinungsbildend für alle Vorarlberger Arbeitnehmer sein. Die Zeitung löste das bisherige „Mitteilungsblatt“ ab und wurde an jeden Haushalt verteilt. Es war kein Zufall, wenn auf der Titelseite der ersten Ausgabe ein Bild zum Thema Zahnarzt gezeigt wurde, auf den Konflikt zwischen Zahnärzten und AK hinweisend. Jäger kündigte aber auch an, die AK wolle sich in Zukunft als Schwerpunkt den Umweltproblemen und dem Umweltschutz annehmen.<sup>1</sup>

Zur Erinnerung: Im Oktober 1984 erreichte eine Grüngruppierung bei den Vorarlberger Landtagswahlen auf Anhieb 13 % der Stimmen und erstmals zogen Grüne in Österreich in einen Landtag ein. Da sich in den darauffolgenden Jahren die Grünbewegung in drei Gruppen aufgespalten hatte, besaß sie keine besondere Werbewirksamkeit. In dieses Vakuum trat die AK mit ihrer Zeitung AKtion ein. Die kritischen Analysen und Berichte etwa über Verkehr, Wohnbau und Wasserqualität griffen auch die Grünen für ihre Politik auf. Eine Grünfraktion entstand in der AK erst im Jahr 1994 unter dem Namen Gemeinsam.

Ab dem Februar 1989 erschien die Zeitung im Großformat und in neuer Gestaltung – klar strukturiert, großzügig bebildert und mit unübersehbaren thematischen Schwerpunkten. Ab Mai 1994 hieß der Untertitel „Zeitschrift für Arbeit und Konsumentenschutz“. Die AKtion erhielt auch ein neues Erscheinungsbild. Das Layout wurde überarbeitet, neue inhaltliche Schwerpunkte wurden „überdacht“: Im Mittelpunkt standen künftig Themen aus der Arbeitswelt und dem Konsumentenschutz. Noch stärker als bisher wollte man die Leser miteinbeziehen, indem diese in jeder Ausgabe zu einem aktuellen Thema zu Wort kommen konnten: „[...] schreiben Sie uns Ihre Meinung. Jede veröffentlichte Zuschrift wird honoriert. Schließlich ist uns Ihre Meinung etwas wert!“ Gefragt waren mehr Randinformationen in Form von Statistiken, Kommentaren, Tipps, Lebensläufen und Kontaktadressen.<sup>2</sup>

Im Jahr 2006 öffnete man den Leserkreis und bezeichnete sich als „Die Vorarlberger Monatszeitung für Arbeit und Konsumentenschutz“. Die letzte Änderung brachte das Jahr 2015: Die Seitenzahl wurde erhöht, es entstanden zwei Zeitungsteile, Info-Grafiken kamen vermehrt zur Geltung und AK-Direktor Keckeis meinte in seinem Leitartikel dazu: „Damit ich dich besser lesen kann.“<sup>3</sup>

Was eine starke Bindung zwischen der Zeitungsredaktion und den Lesern aufbaute und nicht selten das Verhalten und Vorgehen der Arbeiterkammer beeinflusste, waren die häufigen Leserbefragungen, Mitgliederbefragungen und die objektiven Warentests. Sie stießen auf hohe Resonanz auch außerhalb der Kammermitglieder. Die Beiträge der Direktoren und der Präsidenten zeigten die ideologischen Leitlinien der Kammerführung auf.

Für einige Jahre existierte ab 1987 eine Jugend- und Lehrlingszeitung unter dem Namen „AKut“.

Die AK gehörte in Vorarlberg zu den Computer-Pionieren. In die Öffentlichkeit ging sie damit im September 1995 auf der Dornbirner Herbstmesse: Von nun an waren ihre gesamten Dienste vom Computer abrufbar. Für Vorarlberg war dies eine technische Sensation. Zwei Jahre später wurde eine „Mediathek mit multimedialen Möglichkeiten“ eingerichtet. Sie war unter anderem eine Präsenzbibliothek mit allen Kursen und den verwendeten Lehrmaterialien.<sup>4</sup> Im Jahr 2004 gab es eine Österreich-Premiere: Die AK trat mit einer neuen Webseite [www.ak-vorarlberg.at](http://www.ak-vorarlberg.at) online an die Öffentlichkeit. Über diese Homepage war das System „Metis“ abrufbar, das beispielsweise Rechtshilfe lieferte. Außerdem wurden sämtliche Informationen aller neun Länderkammern zugänglich.<sup>5</sup>

Seit Oktober 2010 war die AK mit einem eigenen Video-Channel auf YouTube und seit Juni 2011 mit Facebook ins soziale Netzwerk eingebunden. Im Jahr 2014 waren bereits über hundert Videos veröffentlicht worden. Besonderer Beliebtheit erfreuten sich die Vorträge „Wissen fürs Leben“, die von Franz Josef Köb moderiert wurden. Diese Vorträge wurden von Mitarbeitern der Öffentlichkeitsarbeit professionell digital aufbereitet und standen somit einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung. Bis März 2015 waren diese Videobeiträge von über einer Million Personen aufgerufen worden! Sie übertrafen damit bei Weitem die Abrufe sämtlicher österreichischer Arbeiterkammern.<sup>6</sup>

Eine besondere Auszeichnung erhielten die Öffentlichkeitsarbeiter der AK von der offiziellen Registrierungsbehörde für Internetadressen. Das gemeinsame Portal der neun Länderkammern gehört demnach zu den beliebtesten Seiten der Österreicher.<sup>7</sup>

Ab 2013 zeichnete Gerhard Haderer, seines Zeichens einer der Großmeister der österreichischen Karikaturisten unter dem Motto „Haderer in AKtion“ für die kammereigene Zeitung.<sup>8</sup>

Die Öffentlichkeitsarbeit versuchte stets dem Geist der Zeit nah zu sein und Informationen auch mittels aktuellster Medien aufzubereiten: Beispielsweise 1991 mit einer für die damalige Zeit neuartigen Videoproduktion „Im Zeichen der Zeit“ und 2015 mit einem „Erklärfilm“, der die Aufgaben der AK darstellte.<sup>9</sup>





